Stand: 15.12.2025 19:32:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12628

"Rechte der Menschen mit Behinderung schützen - Bundesteilhabegesetz in jetziger Form konsequent ablehnen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/12628 vom 19.07.2016
- 2. Plenarprotokoll Nr. 81 vom 20.07.2016
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/15068 des SO vom 24.11.2016
- 4. Beschluss des Plenums 17/15242 vom 01.02.2017
- 5. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 01.02.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

19.07.2016 Drucksache 17/12628

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Rechte der Menschen mit Behinderung schützen – Bundesteilhabegesetz in jetziger Form konsequent ablehnen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Neuausarbeitung des Bundesteilhabegesetzes unter enger Einbindung der betroffenen Verbände einzusetzen und in diesem Zusammenhang das Gesetz in der derzeitigen Fassung abzulehnen.

Begründung:

Mit dem Ziel, die Teilhabe und die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen zu stärken, wurde auf Bundesebene unter Einbindung zahlreicher Verbände und Interessensgruppen ein neues Bundesteilhabegesetz (BTHG) ausgearbeitet. Sowohl der im April 2016 erschienene Referentenentwurf als auch der im Juni 2016 veröffentlichte Kabinettsentwurf riefen unter den Verbänden sowie unter den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern massive Kritik hervor.

Während generell die unübersichtliche und uneinheitliche Systematik kritisiert wird, gibt vor allem die vorgesehene Abschwächung des Wunsch- und Wahlrechts von Menschen mit Behinderung Anlass zur Sorge. In diesem Zusammenhang ist das sogenannte "Poolen" von Leistungen teils gegen den Willen von Betroffenen überaus kritisch zu beurteilen.

Vor allem die Situation der Werkstätten und der dort beschäftigten Menschen würde sich durch das BTHG in der jetzigen Form eklatant verschlechtern, so könnten neue Anbieter, welche an keinerlei Qualitätsstandards gebunden sind, in Konkurrenz zu den erprobten und geprüften Werkstätten treten. Auch das im BTHG an mehreren Stellen enthaltene "Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung" ist abzulehnen, da es Menschen mit mehrfachen Behinderungen bereits im Vorhinein exkludiert.

Aus Sicht der bayerischen Bezirke ist die fehlende gesetzliche Regelung zur verbindlichen Mitfinanzierung der Eingliederungshilfe durch den Bund problematisch, so ist bis dato keine Dynamisierung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Entlastung der Kommunen im Umfang von fünf Milliarden Euro vorgesehen.

Zusammenfassend überwiegen beim BTHG vor allem die negativen Aspekte. Da aufgrund der vom zuständigen Bundesministerium kommunizierten Zielsetzung, das BTHG noch in diesem Jahr zu verabschieden, liegt die Befürchtung nahe, dass die notwendigen Verbesserungen nicht mehr vorgenommen werden.

(Unruhe)

Ich darf Sie noch einmal höflich bitten, die Plätze einzunehmen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir fahren mit der Abstimmung fort. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/12614. Wer dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme damit zum Dringlichkeitsantrag der FREI-EN WÄHLER auf Drucksache 17/12627. Dazu ist eine zweigeteilte Abstimmung über den ersten Absatz und über den zweiten Absatz beantragt worden.

Ich lasse jetzt über den ersten Absatz des Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Teil des Antrags abgelehnt.

Dann lasse ich über den zweiten Absatz dieses Antrags der FREIEN WÄHLER abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktion der CSU. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/12615 mit 17/12621 sowie 17/12628 und 17/12629 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkte 7** bis **9** gemeinsam auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bestattungsgesetzes (Drs. 17/8884)

- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD) zur Änderung des Bestattungsgesetzes Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Grabsteinherstellung (Drs. 17/10925) - Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung Gesetz zur Bekämpfung ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Grabsteinherstellung (Drs. 17/10903)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt gemäß der Vereinbarung im Ältestenrat 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Mistol von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Im April 2009 beschloss der Nürnberger Stadtrat, dass auf städtischen Friedhöfen nur noch Grabsteine aufgestellt werden dürfen, die in der gesamten Wertschöpfungskette nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt wurden.

Was danach kam, ist hinlänglich bekannt. Dass die Mühlen der Politik mitunter furchtbar langsam mahlen, obwohl man sich in der Sache einig ist, zeigt sich an den vorliegenden Gesetzentwürfen sehr deutlich. Es brauchte nicht nur mehr als sieben Jahre, sondern auch zahlreiche Initiativen insbesondere der Opposition, von den GRÜNEN und der SPD. Beschlüsse des Landtags und Absichtserklärungen der Staatsregierung waren vorhanden, bis hier und heute endlich ein Verbot von Grabmalen vorgenommen wird, die durch Kinderarbeit entstanden sind.

Kolleginnen und Kollegen, am 12. Juni war der Welttag gegen Kinderarbeit. Nach Schätzungen von UNICEF, ILO und Weltbank sind aktuell 168 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 17 Jahren Kinderarbeiter. Mehr als die Hälfte davon leiden unter Arbeitsbedingungen, die gefährlich und ausbeuterisch sind. Dabei haben sich fast alle Staaten der Welt dazu verpflichtet, jegliche Form der Kinderarbeit bis 2025 vollständig abzuschaffen. Auch wenn Gesetze allein nicht ausreichen, um Kinderarbeit zu bekämpfen, sind sie doch wichtig und senden eine klare Botschaft aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

24.11.2016 Drucksache 17/15068

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 17/12628

Rechte der Menschen mit Behinderung schützen - Bundesteilhabegesetz in jetziger Form konsequent ablehnen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: Gabi Schmidt

Mitberichterstatter: Joachim Unterländer

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 57. Sitzung am 24. November 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: 1 Zustimmung, 1 Enthaltung

B90/GRÜ: Ablehnung Ablehnung empfohlen.

Abremium emplome

Joachim Unterländer

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

01.02.2017 Drucksache 17/15242

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/12628, 17/15068

Rechte der Menschen mit Behinderung schützen – Bundesteilhabegesetz in jetziger Form konsequent ablehnen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. Dezember 2016 (Vf. 15-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 - der Art. 28 Abs. 4 sowie Art. 29 Abs. 3 und 5 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBI. S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBI. S. 178) geändert worden ist,
 - der Art. 29 und 45 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBI. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 4 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBI. S. 178) geändert worden ist,
 - des Art. 4 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes über die Wahl der Bezirkstage (Bezirkswahlgesetz – BezWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 2003 (GVBI. S. 144, BayRS 2021-3-I), das zuletzt durch § 2 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. Februar 2015 (GVBI. S. 18) geändert worden ist.

PII/G1310.16-0012 Drs. 17/15135 (G)

Die Verfassungsstreitigkeit wird in der nächsten Plenarsitzung gesondert beraten

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Zweiter Senat vom 11. November 2016 (2 BvR 166/16) betreffend Verfassungsbeschwerde
 - 1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 28. Dezember 2015 2 Ws 782/15 –,
 - b) den Beschluss der auswärtigen Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Regensburg mit dem Sitz in Straubing vom 25. November 2015 – SR StVK 652/15 –
 - 2. mittelbar gegen Art. 46 Abs. 2 BayStVollzG PII-G1320-16-0001

Drs. 17/15147 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über die Kooperation von Mittelschule und Realschule Drs. 17/11834, 17/15076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Integration junger Flüchtlinge nicht gefährden – Keine Absenkung der Standards bei den Hilfen für Kinder und Jugendliche Drs. 17/12018, 17/15067 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Rechte der Menschen mit Behinderung schützen – Bundesteilhabegesetz in jetziger Form konsequent ablehnen Drs. 17/12628, 17/15068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
A	A		A	
die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt, das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen				

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerisches Bier gentechnikfrei halten Drs. 17/13069, 17/15116 (ENTH)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 S. 3 BayLTGeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU) Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA) Drs. 17/13314, 17/15070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

8.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Bernhard Roos u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) Drs. 17/13329, 17/15037 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	团	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Überprüfung des Tierschutzes in Schlachthöfen Drs. 17/13413, 17/14871 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

Anlage 1
zur 94. Vollsitzung am 1. Februar 2017

10.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht zum Stand der Umrüstung des Forschungsreaktors FRM II Drs. 17/13660, 17/14872 (E)				
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
11.	Antrag der Abgeordne Dr. Karl Vetter u.a. und Gesundheitskosten für Drs. 17/13663, 17/150	d Fraktion (FREIE WÄl Asylbewerber aus Ste	HLER)		
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A		A	
12.	. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD Keine Wiedereinführung der Regelanfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz bei der Berufung in das Richterverhältnis Drs. 17/13685, 17/14986 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	Z	
13.	Antrag der Abgeordne Josef Zellmeier u.a. C Kommunikationsstrukt Drs. 17/13714, 17/150	SU uren im Bereich Kritisc		RITIS)	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

14.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU) Bankenkredite für den Mittelstand nicht durch übermäßige Regulierung verteuern Drs. 17/13814, 17/15040 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
15.	 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD) Sicherung guter Finanzierungsbedingungen für die mittelständischen Unternehmen Drs. 17/13825, 17/15041 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologi 				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	_	_	_	_	
				Z	
16.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Keine Überregulierung im deutschen Bankensektor Drs. 17/13826, 17/15043 (E) Votum des federführenden Ausschusses für				
	Wirtschaft und Medien	, Infrastruktur, Bau und		· ·	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z		Z	Z	
17.	 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Wildlebensraumberatung in Bayern erhalten und in die Ausbildung an den Landwirtschaftsschulen integrieren Drs. 17/13881, 17/15117 (A) 				
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	团	团	Z	
		_		_	

Anlage 1
zur 94. Vollsitzung am 1. Februar 2017

18.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD) Insolvenzberatung zukunftsfähig machen! Drs. 17/14107, 17/15073 (A)				
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
19.	Dringlichkeitsantrag de Johann Häusler u.a. ur Abwanderung von Spit Drs. 17/14108, 17/150	nd Fraktion (FREIE W. tzentechnologie verhin	ÄHLER)	treibl,	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			A	
20.	Dringlichkeitsantrag de Florian von Brunn, Kla Reform der Lebensmit Desinformation, Bürok Drs. 17/14109, 17/148	us Adelt u.a. und Frak telüberwachung: Tran ratieaufbau und Selbs	tion (SPD) sparenz und echte Re	formen statt	
	Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
21.	Antrag der Abgeordne Bäuerliche Strukturen stärkere Förderung de Drs. 17/14113, 17/151	in Bayern sichern – r ersten Hektare bei A			
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			A	

	A	Я	Я	7
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir			
25.	Antrag der Abgeordne Hans-Ulrich Pfaffmanr Zweckentfremdung vo Drs. 17/14153, 17/150	n u.a. SPD n Bundesmitteln beend		oessern!
	团			Z
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
24.	Dringlichkeitsantrag de Rosi Steinberger u.a. v Neuorganisation der L Offenlegung der Aktivi Drs. 17/14135, 17/148	und Fraktion (BÜNDNI ebensmittelkontrolle – täten der Staatsregier	S 90/DIE GRÜNEN)	lartmann,
	A			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
23.	Dringlichkeitsantrag de Benno Zierer u.a. und Neustrukturierung der angemessene Persona Drs. 17/14134, 17/148	Fraktion (FREIE WÄH Lebensmittelüberwach alausstattung sowie ur	LER) nung in Bayern: Wir fol	rdern eine
	A			Z
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
22.	Antrag der Abgeordne Direktvermarktung in E Drs. 17/14114, 17/151	Bayern fördern – Offen		

26.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Einführung eines bayerischen Monitoringprogramms für Kormoran, Graureiher und Silberreiher nach dem Vorbild in Sachsen Drs. 17/14154, 17/14877 (A)
	Votum des federführenden Ausschusses für

Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bundesweites Gentechnikanbauverbot wasserdicht machen! Drs. 17/14210, 17/14878 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Der Einfluss von Social Bots auf das politische Geschehen in Bayern Drs. 17/14219, 17/14906 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Laubbläser und Laubsauger auf staatlichen Liegenschaften Drs. 17/14220, 17/14879 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

Anlage 1
zur 94. Vollsitzung am 1. Februar 2017

30.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rettungskräfte in Bayern für besondere Schadenslagen fit machen Drs. 17/14422, 17/14905 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Le und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zahl der Drogentoten senken: Rezeptfreie Naloxonabgabe in Apotheken Drs. 17/14224, 17/15072 (A)				
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
32.	2. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD Sonderprogramm ausweiten: Aufnahme einzelner Kommunen außerhalb der ausgeschriebenen Fördergebiete Drs. 17/14312, 17/15074 (A)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	Z	Z
33.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD) Drohende Schließung des Schaeffler-Werks im Markt Elfershausen Drs. 17/14412, 17/15046 (E)			
Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Tech				d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z	Z

34.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Erwin Huber, Joachim Unterländer, Sandro Kirchner u.a. CSU Geplante Verlagerung des Schaeffler-Werks im Markt Elfershausen aktiv begleiten Drs. 17/14463, 17/15047 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
35.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schaeffler-Standort Elfershausen erhalten Drs. 17/14483, 17/15048 (A)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		Z	Z
36.	Antrag der Abgeordneten Dr. Hans Reichhart, Kerstin Schreyer, Ernst Weidenbusch CSU Linksextreme Agitation im Landkreis München Drs. 17/14469, 17/14985 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			Z
37.	Dringlichkeitsantrag d Prof. (Univ. Lima) Dr. Gleichberechtigung be Drs. 17/12138, 17/150	Peter Bauer u.a. und F ei Hochwasserhilfe	ert Aiwanger, Florian Si Fraktion (FREIE WÄHL	treibl, ER)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat